

Mutige Fragen und Antworten nötig

Die Behauptung, jedes Leben sei unendlich viel wert, trägt nicht zu einer rationalen Bewältigung der Coronakrise bei. Dazu braucht es vielmehr eine Vorstellung zum Wert einzelner Lebensjahre. **REINER EICHENBERGER**

Die Coronakrise geht weiter. Die nach wie vor gültigen Verbote und Gebote sind schwerwiegend, die Lasten infolge Wirtschaftseinbruch und Staatshilfen horrend, und die drohenden weiteren Wellen für das Vertrauen in die Zukunft verheerend. Da hilft nur eines: Wir müssen aus der ersten Welle lernen.

In Notsituationen muss Politik schnell und rational sein. Doch schnelle direktdemokratische Entscheidungen drohen auf Angst, Emotionen und billigem Moralisieren statt rationalem Abwägen zu basieren. So finden pseudomoralische und pseudosoziale Initiativen in den ersten Volksumfragen oft hohe Mehrheiten, um dann nach einem langen, intensiven öffentlichen Diskurs grandios am Volk zu scheitern. Genauso wären auch schnelle Parlamentsentscheidungen anfällig auf billiges Moralisieren. Deshalb gibt unser gestuftes Notrecht der Regierung grosse Macht in der Hoffnung, dass sie ohne Angst und übertriebene Emotionen schnell und klug entscheidet.

Hat unsere Regierung die hohen Erwartungen erfüllt? Sie hatte den Mut, anders als andere und entgegen lauten Forderungen keine Ausgangssperren zu erlassen. Dafür gebührt ihr grosses Lob. Doch ob und wie lange der Lockdown nötig gewesen wäre, wissen wir nicht. Und wir sind weder auf weitere Wellen vorbereitet noch zur vielleicht längst fälligen Entwarnung fähig. Denn der Regierung fehlte der Mut, die folgenden zur Krisenbewältigung entscheidenden Fragen zu stellen und zu beantworten.

Systematisches Obduzieren versäumt

Wie viel darf die Rettung von Leben kosten? Notsituationen sind durch Mittelknappheit und Zielkonflikte definiert. Wer da sagt, jedes Leben sei unendlich viel wert, bewertet in Wahrheit nur einige Leben extrem hoch, die anderen aber sehr niedrig. Denn er setzt seine Mittel zur Rettung der ersten, gut sichtbar bedrohten Leben ein, muss aber zwangsläufig den Schutz aller anderen Leben und sonstiger hoher Werte vernachlässigen. Für vernünftigen Mitteleinsatz muss man wissen, wie viel einem die Rettung eines Lebens wert ist. Wie sollen Leben und Lebensjahre abgewogen werden? Bei Epidemien drohen viele geschwächte Menschen zu sterben, deren Leben schon durch andere Krankheiten und Leiden akut bedroht ist. Sie zu schützen, verhindert den Verlust von relativ wenig Lebenszeit, bringt aber zumeist schwerwiegende Nachteile, indem ihre Lebensqualität in ihrer letzten Lebenszeit sowie Freiheit, Wohlstand und Gesundheit vieler anderer sinken. Für eine ratio-

nale Krisenbewältigung muss man deshalb auch eine Vorstellung des Werts einzelner Lebensjahre haben.

Wie gefährlich ist Corona wirklich? Um eine Epidemie erfolgreich zu bewältigen, muss man wissen, wie gefährlich sie ist. Dazu konnte die Regierung in früh und stark betroffene Länder blicken, etwa nach Italien. Allerdings hätte sie auch fragen müssen, inwiefern die Beobachtungen für das eigene Land relevant sind. Die ehrliche Antwort darauf braucht viel Mut. Denn sie kann lauten, dass in den besonders betroffenen Ländern weniger das Virus als die dortigen Institutionen und Regierungen mitschuldig an der Malaise sind, oder dass man selbst oder zumindest einige Kantone schlecht aufgestellt sind. Beide Antworten ordnen Verantwortlichkeiten zu, wovor die Regierung zurückschreckte.

Wie viele Lebensjahre sind gefährdet? Für den rationalen Kampf gegen eine Krankheit muss man sie und ihre Risiken möglichst gut kennen. Die Regierung hat stereotyp die Rollen der Vorbelastungen durch Alter und verschiedene Vorerkrankungen (Diabetes, Bluthochdruck, Asthma, etc.) betont. Doch das sagt wenig. Zum einen passt es wohl auf 20% der Bevölkerung, zum anderen sind gut behandelte Vorbelastungen oft unproblematisch. Wichtig ist hingegen die Schwere und Dauer der Vorbelastung. So ist unklar, inwiefern Alter allein ein Risikofaktor ist.

Die Regierungen hätten den Mut haben müssen, die notwendigen Abklärungen zu veranlassen: Es wäre ihre Pflicht gewesen, die systematische Obduktion von Verstorbenen zur Feststellung der genauen Krankheitswirkung zu veranlassen. Gemäss den in Hamburg und Basel durchgeführten Obduktionen verloren die mit Corona Verstorbenen im Durchschnitt möglicherweise weniger als ein Lebensjahr. Zudem braucht es dringend systematische Befragungen von Familienmitgliedern und Pflegenden der Verstorbenen, um die Schwere der Vorbelastungen zu erfassen. Solche Befragungen sind auch jetzt im Nachhinein noch möglich und sinnvoll.

Was tun, wenn das Spitalsystem überlastet ist? Viele befürchteten angesichts der Infektionswelle den Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Entsprechend währten sich manche «im Krieg gegen das Virus». Trotzdem fehlte ihnen der Mut, offen zu sagen, was für Kriegsmedizin charakteristisch ist und den Systemzusammenbruch verhindert: die Triage der Patienten. So hat die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften SAMW eine Covid-19-Richtlinie für die «Triage von intensivmedizinischen Behandlungen bei Ressourcenknappheit» erlassen. Als ethisches

Grundprinzip gilt: «Unter Bedingungen der akuten Knappheit orientieren sich alle Massnahmen am Ziel der Minimierung der Todesfälle», und Diskriminierung aufgrund von Alter oder chronischer Behinderungen wird strikt abgelehnt. Als konkrete Triagekriterien figurieren dann aber auf einer ersten Stufe unter anderen «Patientenwillen (Patientenverfügung, etc.)» und «geschätzte Überlebensdauer unter einem Jahr», und auf der zweiten Stufe «Alter über 85» und «geschätzte Überlebensdauer unter zwei Jahren». Somit werden auch hier Leben und Lebensjahre abgewogen. Nur fehlte der Regierung der Mut, zu sagen, dass auch bei einer sehr starken Infektionswelle dank der in jedem Einzelfall sehr traurigen Triage nach den erwähnten Kriterien kein Zusammenbruch des Gesundheitssystems droht.

Immune als wertvolle Ressource

Wie umgehen mit Immunität? Angesichts der weiterhin geltenden Verbote und Gebote sowie drohender weiterer Wellen muss entschieden werden, welche Freiheiten den von der Krankheit Genesenen, die nach heutigem Kenntnisstand für wohl wenigstens zwei Jahre weitgehend immun sind, gewährt werden sollen. Diese stellen angesichts der geschätzten Durchseuchung der Bevölkerung je nach Region von etwa 3 bis 10% besonders im Auslandsverkehr sowie in der familiären und institutionellen Pflege eine äusserst wertvolle Ressource dar. Sie gleich zu behandeln wie Nicht-immune, obwohl sie niemanden gefährden können, ist unverhältnismässig und volkswirtschaftlich töricht. Allerdings bewirken grosse Freiheiten für Immune, dass viele Menschen dann wohl eine gelenkte Immunisierung anstreben. Die Regierung muss den Mut aufbringen, dieses Problem endlich anzupacken.

Wo stehen wir? Aufgrund des Gesagten drängt sich folgende Rechnung auf: Angenommen, die Infektion flamme trotz aller Einschränkungen immer wieder auf und laufe erst nach zwei Jahren bei einer Durchseuchung der Bevölkerung von rund 60% aus, die Sterblichkeit bei Infektion sei, wie heute oft vermutet, um die 0,4%, und die Opfer verliere im Durchschnitt, wie aufgrund der Obduktionen nicht auszuschliessen, weniger als ein Lebensjahr: Dann brächte die Epidemie in der Schweiz einen Verlust von höchstens 0,004 mal 0,6 mal 8,6 Mio. = 20640 Lebensjahren – etwa so viele Lebensjahre, wie hier sonst in zwei Jahren durch Verkehrsunfälle verloren gehen. Aber Vorsicht: Die heutige Politik mit ihren riesigen Schäden erspart uns den Verlust dieser Lebensjahre keineswegs sicher. Vielleicht schiebt sie ihn nur um ein paar Monate auf, vielleicht war sie auch unnötig. Solange wir uns scheuen, die entscheidenden Fragen zu stellen, werden wir es nie wissen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ue.



«Notsituationen sind durch Mittelknappheit und Zielkonflikte definiert.»

Abbauen

Die Schulden des Bundes werden als Folge der Coronakrise förmlich explodieren. Allein 2020 ist mit einem Haushaltsdefizit von mehr als 30 Mrd. Fr. zu rechnen. Zur Frage, wie mit diesem Defizit bzw. den Schulden umzugehen ist, schiessen die Ideen ins Kraut. Ein gefährliches Vorgehen schlägt die Finanzkommission des Nationalrats vor. In einer Motion fordert sie, dass die Schulden an der Schuldenbremse vorbei direkt als Staatsschuld zu verbuchen seien.



PETER MORF
Redaktor
zum Thema
Finanzpolitik

Es ist höchst befremdlich, dass die Motion nicht nur von bürgerlichen Mitgliedern unterstützt, sondern sogar lanciert wurde. Sie fürchten offenbar, der mit einem Schuldenabbau einhergehende Spardruck könnte die eigene Klientel vergraulen.

Da scheint es einfacher, die Schulden stehen zu lassen. Solange die Zinsen niedrig sind – kein Problem. Auch bürgerliche Parlamentarier allerdings sollten wissen, dass dieser Zustand nicht ewig anhalten wird. Steigen die Zinsen wieder, und die gigantischen Schulden stehen immer noch in den Büchern, kommt der Bundeshaushalt in enorme Probleme. Steuererhöhungen werden in diesem Fall unumgänglich. Damit würde das Problem auf die kommenden Generationen verschoben. Nicht ein Zeichen seriöser Finanzpolitik.

Zudem wird verdrängt, dass eine derartige vermeintlich «einmalige» Relativierung der Schuldenbremse zu einem gefährlichen Präzedenzfall werden dürfte. Weitere Forderungen, sie zu umgehen, würden nicht lange auf sich warten lassen. Das könnte ihr Ende einläuten. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Schulden müssen abgebaut werden, auch wenn es zwanzig oder dreissig Jahre dauert.

Automatisierung und die menschlichen Möglichkeiten

Die Coronakrise lehrt, dass Roboter nicht der Schlüssel zu wirtschaftlicher Dynamik sind, weil sie ohne menschliche Tätigkeit nur wenig bedeuten. **SAMI MAHROUM**

Der Nobelpreisträger Amartya Sen definierte die menschlichen Möglichkeiten als das, «was eine Person frei ist zu tun und zu erreichen, um Ziele oder Werte zu verfolgen, die sie für wichtig hält». In einer Zeit wachsender Sorge über künstliche Intelligenz und Robotik, die Arbeitsplätze zerstört, zeigt die Covid-19-Krise, dass es, wenn es um die Wirtschaft geht, keinen Ersatz für das menschliche Handeln gibt.

Viele glauben, die Covid-19-Pandemie werde zu einem Katalysator für mehr Automatisierung. Indem die Krise die Verletzlichkeit menschlicher Arbeitnehmer offenbart und die Rufe nach mehr Arbeitsschutz und Sozialleistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verstärkt, könnte sie viele Unternehmen dazu anspornen, in Roboter zu investieren.

Roboter hat keinen Ehrgeiz

Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, Roboter hätten die Wirtschaft vor einer lockdown-bedingten Covid-19-Rezession gerettet. Viele Lieferketten waren bereits stark automatisiert und litten trotzdem unter Störungen. Sowohl roboter- als auch menschenbetriebene Produktionsanlagen wurden geschlossen. In den am stärksten robotisierten Industriesektoren in einigen der Länder mit der höchsten Roboterdichte (China, Deutschland, Japan, Südkorea, USA) werden gerade Tausende von Arbeitskräften entlassen.

Die wirkliche Lektion der Covid-19-Krise besteht nicht darin, dass Roboter der

Schlüssel für wirtschaftliche Dynamik sind, sondern dass sie ohne menschliche Tätigkeit nur wenig bedeuten. Immerhin wurde durch Lockdowns und andere Massnahmen zur sozialen Distanzierung im Prinzip genau das unterbrochen: die Fähigkeit der Menschen, zu «tun und zu erreichen», was sie wollen.

Unabhängig davon, wie schnell, billig oder effizient Roboter sind, können sie den Ehrgeiz, den Ansporn, die Bedürfnisse und die Gier, von denen Angebot und Nachfrage letztlich getrieben werden, nicht ersetzen. Deshalb hatten es die Regierungen beim Ausbruch der Krise auch nicht eilig, die Automatisierung zu finanzieren, um Fabriken ohne menschliche Arbeitskräfte wieder zu öffnen. Stattdessen konzentrierten sie sich darauf, den Menschen Geld zu geben und sie in die Lage zu versetzen, wieder aktiv zu werden.

Es ist Zeit, diesen Ansatz zu vertiefen. Zunächst geht es darum, das vorherrschende Narrativ vom Menschen gegen die Maschine, das sich zu eng auf die Effizienz der Angebotsseite konzentriert, aufzugeben. Stattdessen geht es darum, was die Maschine für den Menschen tun und wie der technische Fortschritt genutzt werden kann, um die menschlichen Möglichkeiten zu fördern – und damit auch die Nachfrage, die die Wirtschaft antreibt.

So kann etwa die vollständige Automatisierung einer Fabrik die Produktivität steigern oder die Arbeitskosten senken, doch sie hilft nicht, die menschlichen Möglichkeiten zu stärken. Im Gegenteil,

indem sie die Arbeitsplätze der Menschen vernichtet – die sie brauchen, um zu investieren und zu konsumieren –, könnte sie den gegenteiligen Effekt erreichen.

Aber es gibt Möglichkeiten, diesen Effekt auszugleichen, und nicht nur die häufig diskutierten Interventionen auf der Angebotsseite (wie die Fortbildung entlassener Arbeiter, damit sie eine bessere

«Es geht darum, was die Maschine für den Menschen tut und wie der technische Fortschritt zu nutzen ist.»

Stelle bekommen können), sondern auch Massnahmen für die Nachfrageseite. Beispielsweise könnten fortschrittliche Lieferlösungen für die letzte Meile, die unbemannte Luft- oder Bodenfahrzeuge nutzen, die menschlichen Möglichkeiten der Konsumenten unterstützen. Dasselbe kann erreicht werden, wenn durch Technologien wie selbstfahrende Autos die Mobilität verbessert wird.

Während des Covid-19-Lockdown war die Kraft eines solchen Maschine-für-den-Menschen-Modells klar sichtbar. Während noch nicht einmal die stärksten Maschinen in der Lage waren, die Fabriken geöffnet zu halten, konnten Technologien zur Förderung der menschlichen Möglichkeiten in vielen Sektoren, in denen

Nachfrage bestand, Wachstum erzeugen. Apps und Plattformen für Videokonferenzen, Online-Lernen, Unterhaltung und E-Commerce könnten erst der Beginn eines grosseren wirtschaftlichen Wandels sein, der durch den Einsatz von Maschinen zum Wohl der Menschen geprägt ist.

Das gleiche Phänomen lässt sich auf der Angebotsseite beobachten. Unternehmen, deren Beschäftigte ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen können, haben weniger gelitten als diejenigen, die ihren Betrieb unterbrechen mussten. Darüber hinaus sind Arbeitnehmer zu Hause häufig produktiver als im Büro. Je mehr Arbeit also aus der Entfernung geleistet werden kann, desto dynamischer – und weniger anfälliger für Schocks – wird die Wirtschaft. Allerdings ist dies erst bei 37% der amerikanischen Arbeitsplätze möglich. In der Schweiz liegt dieser Wert bei 45%.

Die aktuelle Krise ist natürlich nicht der erste Hinweis darauf, dass die menschlichen Möglichkeiten technisch gefördert werden können: Die Fähigkeit der Technologie, mehr Menschen die Teilhabe an der Wirtschaft zu ermöglichen, wurde in Entwicklungsstudien beschrieben. Aber der Lockdown, während dessen ein Drittel der Weltbevölkerung müssig zu Hause sitzt, zeigt, dass die errungenen Möglichkeiten auch plötzlich und drastisch wegfallen können. Doch auch wenn Freiheiten zeitweise eingeschränkt werden müssen, ist Technologie wichtig, um zu gewährleisten, dass Menschen Möglichkeiten zum Handeln haben.

Dass die Covid-19-Krise verstärkte öffentliche Investitionen in entsprechende Forschung und Entwicklung auslöst, gibt den Regierungen die Gelegenheit, dies zu unterstützen – indem sie Technologien wie erweiterte Realität, Internet der Dinge und gemeinschaftliche Roboter fördern. Trotz aller Gespräche über Angebotsketten sollten die Politiker über die Erleichterung solcher Einschränkungen hinausbleiben und überlegen, was nötig ist, um im Fall ernsthafter Schocks wie Seuchen oder Naturkatastrophen, die die wirtschaftlichen und die sozialen Aktivitäten behindern, die Nachfrage aufrechtzuerhalten.

Innovationen maximieren

Doch Investitionen allein reichen nicht aus. Um Innovationen zu maximieren und Störungen zu minimieren, müssen sich die Regierungen zusammenschliessen, um die angemessenen rechtlichen, regulatorischen und institutionellen Unterstützungsmassnahmen umzusetzen, mit denen die Entwicklung und die Einführung neuer Technologien eingeleitet werden können. Auch wenn Durchbrüche an sich schon oft genial sind, liegt es an uns allen, zu gewährleisten, dass sie auch dem öffentlichen Wohl dienen – unter anderem dadurch, dass sie die menschlichen Möglichkeiten verbessern.

Sami Mahroum ist Professor an der Université Libre de Bruxelles. Copyright: Project Syndicate.